

Krakauer Zeitung.

Nr. 83.

Donnerstag, den 10. April

1862.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierjähriger Abonnement Gebührt im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petition für 9 Nr. berechnet. — Interessengebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petition für 9 Nr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“ (Großer Ring N. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaktion: Nr. 423 an den Platten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

VI. Jahrgang.

nementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Nr., mit Versendung 5 fl. 25 Nr. — Die einzelne Nummer wird mit die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3½ kr.; Stempelgebühr für jed. Einschaltung 30 Nr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“ (Großer Ring N. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaktion: Nr. 423 an den Platten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Einladung zur Pränumeration auf die „Krakauer Zeitung“

Mit dem 1. April 1862 begann ein neues vierjähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1862 beträgt für Krakau 4 fl. 20 kr., für auswärts mit Inbegriff der Postzusendung, 5 fl. 25 kr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Krakau mit 1 fl. 40 kr., für auswärts mit 1 fl. 75 kr. berechnet.

Bestellungen sind für Krakau bei der unterzeichneten Administration, für auswärts bei dem nächstgelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

Die Administration.

Amtlicher Theil.

Beim k. k. Bezirksamt Brzesko sind für die Weichsel-Überschwemmten bis 2. April l. J. 237 fl. 95½ kr. österr. Währ. an milden Unterstützungsabgaben eingeflossen. Hieran beteiligten sich fl. kr.

das gutsherrliche Gebiet Tymowa durch Vermittlung des k. k. Majors Ritter von Stobnicki	10 —
Statthalterei-Rath Wangermann	1 —
die Beamten des Bezirks- und Steueraamtes	6 60
Pfarramt in Wojakowa	12 45
Gutsbesitzer von Okocim, Johann Götz	15 —
Rentmeister Karl Halwas	3 —
Brauerei-Werkführer Krammer	2 —
Pfarramt in Ussew	6 42
Gospriydowa	2 13
Pfarrer J. Biela in Gospriydowa	2 30
Pfarramt in Iwkowa	12 40
" Tymowa	6 36
" Biesiadiki	17 —
" Brzesko	6 70
" Szezepanów	52 98
" Dębno	15 —
" Jadowniki	14 —
" Porąbka ad Ussew	10 —
" Jasien	11 20
Gutsbesitzer Johann Gniewinski	5 —
Gutsbesitzer in Dobrociesz, Baron Lewartowski	3 25
Gemeinde Gnojnik	4 80
Gemeinde Ussew und Zawada	2 70
Eisenbahnbemalte in Slotwinia	13 63
Gemeinde Okocim	2 3½

St. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 10. März d. J. den künftlichen Staats- und Kriegsrath Franz Edlen von Blumfeld, anlässlich des über sein Ansuchen erfolgten Verleihung, in den bleibenden Ruhestand, in Anerkennung seiner vielseitigen, treuen und erproblichen Dienstleistung, den k. k. einen Hofratzen allgemeinig zu verleihen geruht.

St. k. k. Apostolische Majestät haben dem General-Major Eugen Freiherrn Pire de Bihaïn, und dem Major im Graf Palffy zweiten Freiwilligen-Husaren-Regimente, Bela Freiherrn Pire de Bihaïn, die k. k. Kammerer wurde allgemeinig zu verleihen geruht.

St. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 22. März d. J. den Postdirektions-Abfunkten in Prag, Friedrich Seitz, zum Postdirektor in Agram mit den systematischen Bezeugen allgemeinig zu ernennen geruht.

St. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 28. März d. J. dem Musikvereine in Brunn und den Städtischen-Entwürfe deselben die Allerhöchste Genehmigung allgemeinig zu ertheilen geruht.

Der Staatsminister hat über Vorschlag des betreffenden fürstbischöflichen Ordinariates den subliven Religionslehrer am Gymnasium zu Marburg, Weltkrieger Thomas Kempf, zum wirklichen Religionslehrer an derselben Lehranstalt ernannt.

Das Justizministerium hat den Gregor Marnstorff, Offizialen im Justizministerium, zum Director der Hilfsämter bei dem Landgerichte in Egerowitsch ernannt.

Die königl. ungarische Hofanzlei hat den disponiblen k. k. Kommissar Alexander von Nibáry, zum wirklichen Secretär zweiter Klasse bei der königlich ungarischen Statthalterei ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 10. April.

Auf eine in der Sitzung des englischen Unterhauses vom 4. d. M. gestellte Interpellation, betr. die mexikanische Angelegenheit, ob die Regierung in australischer Weise von der angeblich zu Soledad zwischen verbündeten Mächten und der mexicanischen Regie-

rung abgeschlossene Uebereinkunft in Kenntnis gesetzt worden sei; ob die britischen Truppen aus dem Gebiete der Republik zurückgezogen worden seien oder zurückgezogen werden sollten und ob Instruktionen an den britischen Gesandten geschickt worden seien, in welchen die Convention gut geheißen werde, antwortete der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Herr Layard; die Regierung habe die amliche Nachricht erhalten, daß eine Convention unterzeichnet worden sei, nicht zwischen den verbündeten Mächten und Mexico, sondern zwischen den Commissären jener Mächte und der Regierung Mexico's. Es sei wahr, daß die britischen Streitkräfte, wenn man sie so nennen dürfe, wahrscheinlich jetzt schon, mit Ausnahme eines kleinen Häusleins, aus Mexico zurückgezogen seien. Die Zahl der englischen Truppen bestehne aus 600 Marine-Soldaten. Ein Blick auf die dem Hause vorgelegten Papiere werde zeigen, daß es nicht die Absicht der Regierung gewesen sei, daß diese Marine-Soldaten an irgend einer Expedition in das Innere des Landes Theil nehmen sollten. Sie würden daher zurückkehren, mit Ausnahme von 100 Mann, die da bleiben würden, um den gewöhnlichen Dienst zu Vera-Cruz und San Juan d'Uloa zu verrichten. Er wolle noch bemerken, daß Ihrer Majestät Regierung die Bestimmungen der Convention im Allgemeinen, wenn auch vielleicht nicht alle Artikel, gut heiße. Die englische Regierung wolle sich durchaus nicht in die inneren Angelegenheiten Mexico's einmischen und hege die Hoffnung, daß das, was sie erwarte, sich auf friedlichem Wege erreichen lassen.

Die spanische Regierung will wie erwähnt, eine schärfere Präzisierung einzelner Artikel der Triple-Convention, die in London Mexico's wegen abgeschlossen wurde, sie hat jedoch, telegraphischen Nachrichten aus Madrid, 4. April, zufolge, nicht die Absicht, einen neuen Vertrag abzuschließen, mit anderen Worten, sie ist klug genug, einzusehen, daß, wenn sie ohne England sich in die mexicanischen Händel weiter einläßt, es leicht geschehen könnte, daß sie bei dem nächsten amerikanischen Kriege, der nicht ausbleiben kann, wenn der Kaiser Napoleon seine weitgehenden Pläne ausführt, zugleich die Seeze mit Cuba bezahlen müßte. Was gegen Englands Willen auszurichten, hat der maroccanische Krieg gelehrt: Spanien hat Gut und Blut geopfert und ist von allen vernünftigen Politikern in Europa ausgelöscht worden, weil es, auf Abenteuer ausgehend, einen großen Krieg begann, wo einige Schiffskanonen ausreichten, und weil es schließlich nur mit seinen großen Anstrengungen erreichte, was es ohne Blutvergießen hätte durchsetzen können. Die Überlegenheit Palmerston's in allen diesen kleinen Vorgängen, die der Kaiser Napoleon gern zu großen Weltereignissen aufblasen möchte, zeigt sich in Mexico, wie sie sich in Marocco und Syrien gezeigt hat.

Das britische Ober- und Unterhaus haben sich am 5. d. wieder viel mit Polen beschäftigt. Die „Times“, und sie steht in dieser Beziehung nicht vereinigt da, hält die Befreiung der polnischen Zustände im Parlamente für bare Zeitverschwendung. In Frankreich habe die Kammer jahrelang regelmäßig ihre Sympathien für Polen ausgesprochen, ohne daß sie damit die geringste Wirkung erzielt hätte, und dasselbe gelte von den Leistungen des britischen Parlaments.

Polen, mein die Times, liege außerhalb der Sphäre der englischen Politik. Die russische Regierung berücksichtige allerdings die Stimme der Presse und der gebildeten Classen Englands bis zu einem gewissen Grade, aber je weniger das Parlament sich darüber äußere, desto besser werde es für Englands Interessen sein. Nachdem Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zum Staatsgrundsatz erhoben worden, müsse derselbe Russland gegenüber eben so streng wie betreffs Veneziens und Roms beobachtet werden. England sollte sich daher vor dem Vorwurf wahren, in den Herzen der Polen falsche Hoffnungen erweckt zu haben.

Nachrichten aus Peking vom 1. Februar melden, daß beträchtliche Streitkräfte der Rebellen zu Wohnung von den Kaiserlichen unter dem amerikanischen Oberlein Ward geschlagen wurden.

wieder in Freiheit gesetzt worden. Das einzige Blatt in der Pariser Tagespresse, welches das Verfahren der Polizei billigt, ist das Organ des Palais-Royal, die „Opinion nationale.“ Das ist ganz in der Ordnung.

Alle übrigen haben wenigstens den Mut, zu schwören. Hervorzuheben ist der Umstand, daß bei dieser Gelegenheit die Regierung zum ersten Male nicht im Stande gewesen ist, ein Publicum durch die drohende Entfaltung der bewaffneten Macht abzuschrecken und einzuschütern. Ehemal hätte es genügt, die Polizei aufmarschieren zu lassen, um sicher zu sein, daß sich Niemand rühren würde; dieses Mal mußte die Polizei drei Abende hintereinander drein schlagen, und sie hatte nicht einmal ihren Zweck erreicht, denn hätte die Regierung nicht das Stück zurückgezogen — die „Schlacht“ würde fortgedauert haben. Die „Patrie“ schreibt die Schuld auf die Opposition der Claque und erinnert daran, „daß in solen Fällen nur die mit Anzeichen versehenen öffentlichen Agenten und nicht bezahlte Claqueurs allein das Recht haben, zur Wiederherstellung der Ordnung mit derjenigen Mäßigung vorzugehen, an welche die Behörden das Publicum gewöhnt haben.“

Der „Constitutionnel“ kündigt an, daß die Aufführung des patriotischen Spectacelstücks les Volontaires de 1814 jetzt definitiv beschlossen sei. Nichts passlicher aber, als die Mühe, welche sich das offizielle Blatt geben muß, um einer Manifestation gegen das Stück vorzubeugen. Denn das ist der Sinn des Artikels, wie aus dem naiven Geständniß der „Opinion nationale“ zu ersehen, daß die Behörden nur deshalb so lange geschwankt hätten, weil sie Ruhesetzung fürchteten. Man möge doch ja nicht glauben, meint der „Constitutionnel“, daß Mr. Morquard (Gabinettssekretär des Kaisers) Mitarbeiter der Volontaires gewesen, und es sei nicht wahr, daß es Anspielungen enthalte, welche politische Meinungen verleben könnten, es sei nichts als die Verherrlichung des „unglücklichen Helden und seiner letzten Anstrengungen“, ein ganz patriotisches Werk. Ob diese captatio benevolentiae geschieht, oder nicht, wird der Erfolg lehren. Es scheint, als habe man den Teufel an die Wand gemalt.

Die Unterhandlungen wegen des englisch-belgischen Handels-Vertrages werden fortgesetzt. Der Minister Rogier hat in der belgischen Kammer angedeutet, daß die belgische Regierung die Ablösung des Scheldezolls nicht mehr als Vorfrage, sondern getrennt von dem Handelsvertrage zu behandeln gesucht. Ein künstiger Vertrag zwischen dem Zollverein und Belgien wird übrigens allem Anschein nach nicht umfangreich zu sein brauchen. Es wird sich im Allgemeinen darum handeln, die in dem Handelsvertrage von 1815 verheissen wurde, befinden sie sich auf einem positiven Boden. Welche staats- oder volkerrechtlichen Bestimmungen hat das Königreich Galizien aufzuweisen, um im Kaiserthum Österreich eine andere Stellung beanspruchen zu können als irgend ein anderes Kronland? Die am 26. Februar für Galizien erlossene Landesordnung ist der positive Boden seines autonomen Rechts. Und wahrlich, wenn man das große Maß von Autonomie, welches die Landesordnungen des Februarpatents, die ebendrein durch die Vertretung im Reichsrath den höheren Schutz der allgemeinen Freiheit erhalten; wenn man die Landesordnung für Galizien mit der Ordnung, die in Warschau herrscht, mit den politischen Errichtungen des Königreiche Polen vergleicht, dann wahrlich wissen wir nicht, mit welchen Rechten man für jene national-religiösen Lieder, die im Königreiche Polen den Weg nach Sibirien bahnen, in Österreich, das eine andere Strafgesetzgebung hat als Russland, eine Immunität beanspruchen will?

Und doch sind die Verhältnisse ganz verschieden. Das Königreich Polen erhielt als solches auf dem Wiener Congress Garantien für eine gewisse Selbständigkeit, die ihm die Verträge sicherten und welche ihm die russische Regierung entzogen hat. In so weit die Patrioten des Königreichs jene staatsrechtliche Individualität beanspruchen, welche ihnen durch die Verträge von 1815 verheissen wurde, befinden sie sich auf einem positiven Boden. Welche staats- oder volkerrechtlichen Bestimmungen hat das Königreich Galizien aufzuweisen, um im Kaiserthum Österreich eine andere Stellung beanspruchen zu können als irgend ein anderes Kronland? Die am 26. Februar für Galizien erlossene Landesordnung ist der positive Boden seines autonomen Rechts. Und wahrlich, wenn man das große Maß von Autonomie, welches die Landesordnungen des Februarpatents, die ebendrein durch die Vertretung im Reichsrath den höheren Schutz der allgemeinen Freiheit erhalten; wenn man die Landesordnung für Galizien mit der Ordnung, die in Warschau herrscht, mit den politischen Errichtungen des Königreiche Polen vergleicht, dann wahrlich wissen wir nicht, mit welchen Rechten man für jene national-religiösen Lieder, die im Königreiche Polen den Weg nach Sibirien bahnen, in Österreich, das eine andere Strafgesetzgebung hat als Russland, eine Immunität beanspruchen will?

Nach der Cronica de Ambos mundos vom 1. April ist der Befehl zur Räumung Tetuans gegeben worden.

Nachrichten aus Peking vom 1. Februar melden, daß beträchtliche Streitkräfte der Rebellen zu Wohnung von den Kaiserlichen unter dem amerikanischen Oberlein Ward geschlagen wurden.

Die „Donau Ztg.“ schreibt hierüber:

„Bereits seit mehr als einem Jahre wiederhallen die europäischen Blätter von der Kunde bezüglich der demonstrativen Kirchengänge, welche in Russisch-Polen, sowie in Posen und Galizien Anlaß zu behördlichem Einschreiten boten. Die öffentliche Meinung, welche den Text dieser Lieder nicht kannte, war so ziemlich geneigt, den Behörden Unrecht zu geben und ihnen die Bereitstellung einer vorwiegend religiösen, harmlosen, und bloss neutralen nationalen Feier zu legen. Aber diese Lieder sind wahrlich keine Gebete, die ein wahrhafter Christ ohne Gottesträstung zum Himmel emporsenden mag. Es sind Hymnen der Demagogie, des Hasses, der Rache, kurz all jener schlechten Eigenschaften, die gar nichts von jenem milden und verhöhnlichen Geiste athmen, welcher der Religion eigenhümlich ist. Wenn die Herren Interpellanten den Inhalt dieser zweifellos hochverrätherischen Gesänge als gleichgültig und unschuldig darstellen, so möchte es fast scheinen, daß sie hierbei jenem gefährlichsten aller Irrthümer verfallen, wonach das Nationalitätsprincip jede Bewegung legitimire, jeder Widerstand doggen in die Rubrik drücken.“

Kenntniß habe, welche im Sandecer Kreise wegen des Absingens religiös-nationaler Lieder in Thätigkeit ist, welche strafbare Handlungen bei dem Absingen solcher Lieder vorliegen und was die Regierung zur „Beschwichtigung“ der beunruhigten Bevölkerung zu thun gesonnen ist.

Nach dem sichern Zone, mit welchem die Interpellanten die Regierung zu einer Erklärung aufforderten, mußte man schließen, daß die Behörden einen unzeitigen Eifer gegen harmlose Dinge sich zu Schulden kommen ließen und daß es sich um Beleidigungen handle, deren Opfer die „Bevölkerung“ jenes Kreises sei.

Es machte daher einen ganz eigenhümlichen Eindruck, als der Vertreter des Justizministeriums Herr v. Bassler dem Hause einige Proben jener „national-religiösen“ Lieder gab, über deren strafgerichtliche Verfolgung hr. v. Rogawski und Genossen die Regierung zur Verantwortung zog. Man kann diese interessanten, höchst lehrreichen Proben in dem weiter unten folgenden Sitzungsberichte nach ihrem Wortlauten lesen.

Wir enthalten uns eines Urtheils über den handgreiflichen Charakter derselben, weil wir kein Richteramt ausüben haben. Aber unser Erstaunen über die politische Einsicht jener polnischen Abgeordneten, welche die Interpellation unterschrieben, können wir nicht verschweigen. Der Geschworene, der Richter kann jungen Leuten gewisse Dinge nachsehen und sie auf Rechnung jugendlicher Erstalter segen oder mit einer leichten Strafe belegen. Wenn aber ernste politische Männer die Regierung provociren, ihnen die Strafbarkeit solcher Dinge, wie die, von denen hier die Rede ist, nachzuweisen, so regen sie Zweifel darüber an, ob ihnen der Maßstab für die Grenzen berechtigter Wünsche noch geblieben ist, oder ob sie nicht selber den Sinn verloren für die realen Grundlagen der Existenz eines Staates.

Unpolitischer und mit größerer Unklugheit ist selten eine Erwiderung provoziert worden, als die, welche heute Herr von Bassler gegeben hat; denn hier handelt es sich nicht um galizische Angelegenheiten, um Landesautonomie, um schlechte oder gute Administration, hier handelt es sich um Dinge, die analog sind Deinjungen, was im benachbarten Königreiche Polen angestrebt wird.

Und doch sind die Verhältnisse ganz verschieden. Das Königreich Polen erhielt als solches auf dem Wiener Congress Garantien für eine gewisse Selbständigkeit, die ihm die Verträge sicherten und welche ihm die russische Regierung entzogen hat. In so weit die Patrioten des Königreichs jene staatsrechtliche Individualität beanspruchen, welche ihnen durch die Verträge von 1815 verheissen wurde, befinden sie sich auf einem positiven Boden. Welche staats- oder volkerrechtlichen Bestimmungen hat das Königreich Galizien aufzuweisen, um im Kaiserthum Österreich eine andere Stellung beanspruchen zu können als irgend ein anderes Kronland? Die am 26. Februar für Galizien erlossene Landesordnung ist der positive Boden seines autonomen Rechts. Und wahrlich, wenn man das große Maß von Autonomie, welches die Landesordnungen des Februarpatents, die ebendrein durch die Vertretung im Reichsrath den höheren Schutz der allgemeinen Freiheit erhalten; wenn man die Landesordnung für Galizien mit der Ordnung, die in Warschau herrscht, mit den politischen Errichtungen des Königreiche Polen vergleicht, dann wahrlich wissen wir nicht, mit welchen Rechten man für jene national-religiösen Lieder, die im Königreiche Polen den Weg nach Sibirien bahnen, in Österreich, das eine andere Strafgesetzgebung hat als Russland, eine Immunität beanspruchen will?

Verhandlungen des Reichsrathes.

Die „Ostd. Post.“ schreibt aus Anlaß der (gestern mitgetheilten) Beantwortung der Rogawski'schen Interpellation. Zur Überraschung des Abgeordnetenhauses ist heute ein Stück polnischer Frage vor der hohen Versammlung zur Verhandlung gekommen. Wir sagen nicht etwa „galizische“ Frage, weil wir eine solche nicht kennen. Aber die polnische Frage ist eine Sache, die Ledermann geläufig ist, und einer ihrer Ausläufer ist die Interpellation, welche heute im Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrathes zur Sprache kam. Es hatte nämlich jüngstens einer unserer galizischen Abgeordneten, Herr v. Rogawski, eine feierliche Interpellation an das Justizministerium gestellt, in welcher letzteres aufgesordert wurde zu erklären, ob es von der strafgerichtlichen Untersuchungskommission

der Tyrannie falle. Aber mit einem solchen System ist in der Politik nicht nur nicht vom Flecke zu kommen, sondern wird auch eine heilose Verwirrung aller Rechtsbegriffe herausbeschworen. Die Polen sollten nicht vergessen, daß bald ein Jahrhundert über den ersten Theilungsact hinweggeraucht sein wird, und daß ihr trauriges Geschick in vieler Beziehung ein selbstverschuldetes war. Sie sollten ferner bedenken, daß der Besitzstand Österreichs in Galizien völkerrechtlich anerkannt ist, daß bei keiner Gelegenheit und namentlich auch nicht am Wiener Congresse eine Bedingung, die unerfüllt geblieben wäre, daran geknüpft wurde.

Und weil Österreich vollaus berechtigt ist, sich als den Oberherrn Galiziens zu betrachten, so sind die Demonstrationen, über die Minister von Losser sich äußerte, nicht blos unberechtigt, sondern strafbar, mindestens in Betreff Derjenigen, welche sie in Scene setzten und sich nicht scheuten, das religiöse Gefühl der Bevölkerung zu missbrauchen, um sie zum Hass, ja wo möglich zur Empörung gegen die gesetzmäßigen Gewalten aufzureizen. Die Rede gab Zeugniß von dem festen Willen der Regierung, überhaupt und überall verartigen Agitationen in den Weg zu treten. Wir begrüßen sie als eine Bürgschaft des kräftigen Entschlusses der Regierung, die Ordnung unverhütlisch in sämtlichen Kronländern zu wahren, damit unter ihrem Schirme die vernünftige, die verfassungsmäßige Freiheit erblühen könne.

Der „Prager Zeitung“ wird aus Wien geschrieben: Es ist bemerkenswerth, daß die Minorität der dritten Section des Finanzausschusses, welche

dem Antrage der Majorität auf Ablehnung des Uebereinkommens der Finanzverwaltung mit der Nationalbank nicht beigetreten ist, sondern an dem Uebereinkommen unter einigen Modifizierungen festhält, gerade aus jenen Mitgliedern besagter Section besteht, welche durch ihren Beruf in die praktische Kenntnis der großen Verhältnisse des Geld- und Bankwesens eingeführt sind.

Den Plan, welchen die Majorität der dritten Section vorschlagen will, werden sie aus heutigen hiesigen Blättern kennen. Derselbe creirt 75 Millionen Gulden Staatspapiergeld in Einer, welche an die Stelle der von der Bank gegen die Banknoten höhren Betrages bilden einer bestimmten Frist einzuschelnden und zu vernichtenden Einer-Banknoten treten und das Deficit decken sollen. Dieses Staatspapiergeld hat keine solche Bedeckung, wie sie der Münzvertrag vorschreibt, daß es nämlich jederzeit auf Verlangen gegen Silber verwchseln werden kann. Vielleicht würde die Bedeckung durch Banknoten einer höheren Kategorie erfolgen, gegen welche bei der Bank und ihren Filialen die Einer-Sstaatsnoten auf Verlangen umgetauscht werden können. Es wird also Papier durch Papier gedeckt, und zwar durch ein solches, welches nur mit Verlust in Silber umzusehen ist. Diese Banknoten-Bedeckung der Staats-Einer soll durch den Überschuss des Erlöses aus dem Verkaufe der der Bank verpfändeten Staats-Potter-Obligationen von 1860 über die Summe, für welche sie verpfändet sind, gebildet werden. Die Obligationen betragen nominell 123 Millionen, das Darlehen, für welches sie verpfändet sind, 99 Millionen Gulden in Banknoten, welche zuvorst aus dem Erlöse sich ergeben und vernichtet werden müssen. Der Erlöse ist, welcher nach einer Berechnung 12 Millionen in Banknoten betrage, sollte dann jene Bedeckung der Staats-einer sein. Seidermann sieht ein, daß dies kein fester Kalkül ist, da bei Ereignissen, die sich unter der gegenwärtigen politischen Konstellation jeden Augenblick zutragen können, es sehr unsicher werden kann, ob die Bank aus den verpfändeten Losen, wenn sie dieselben binnen einer bestimmten Frist verkaufen muß, auch nur ihre dargelieferten 99 Millionen Gulden in Banknoten wieder erhält. Überdies ist die Bank keine moralische Körperschaft, der man über ihre bestimmten Verpflichtungen hinaus vorschreiben kann, was beliebt. Es ist ein eigener Vertrag mit der Bank rechtlich nothwendig, um sie zur Ausführung des erwähnten, etwas sehr nach Dilettantismus reichenden Planes zu vermögen. Sie wird sich aber aller Wahrscheinlichkeit nach hüten, einen Vertrag zur Ausführung eines Planes, welcher neben Banknoten Staatsnoten creire, zu schließen.

In den am S. d. abgehaltenen Plenarsitzung des Finanzausschusses erbot sich der Finanzminister von Plener nach Verlesung des Protokolls der gestrigen Sitzung und gab mit Rücksicht auf den gestern von dem Ausschuß gefassten Beschluss im Namen der Regierung die Erklärung ab: daß dieselbe einen Gesetzesvorschlag zur Deckung des Deficits, welcher auf der Grundlage der Ausgabe von Staatspapiergeld basiren würde, Sr. Majestät zur Sanction nicht würde unterbreiten können. Der Minister ersuchte ausdrücklich um Aufnahme dieser Erklärung in das Protokoll. Diesem Begehr wurde nach einer lebhaften Discussion entsprochen. Von den Einen wurde der Vorgang als eine Pression bezeichnet, von den Andern aber dieser Auffassung entgegengesetzt, weil es nur von dem Ausschuß abhänge, ob er die Erklärung auf sich „wirken“ lassen wollen oder nicht. Die große Tragweite dieser finanzministeriellen Erklärung, schreibt der „Botschafter“, ist nicht zu verkennen. Das Ministerium macht zwar nicht aus der Annahme der Bankvorlage wie sie ist, eine Gabinettsvorlage, es sträubt sich nicht gegen etwaige Modifizierungen, aber es würde eine Cabinetsfrage machen aus der Annahme des eventuellen Vorschlags der Ausgabe von Staatspapiergeld. Nur auf dem von demselben vertretenem Principe eines Centralzettel-Instituts und des Bankpapiergeldes will es bestehen, indem es in Bezug auf die sachlichen und erreichen Modifizierungen des Uebereinkommens mit der Bank dem Ausschuß freie Hand läßt. Nach unseren Anschauungen über Geldwesen, die wir vielfach ausgesprochen haben, müssen wir den Standpunkt des Ministeriums völlig billigen. Eine Regierung, welche sich nicht mit der in Österreich ohnedies so unhilflich

ausgenützten papierenen Experimentalpolitik befassen will, muß den Vorschlag der Ausgabe von Staatspapiergeld verwerfen. Wir glauben übrigens, daß bei dem praktischen Verstande unseres Volkshauses die Gefahr einer so falschen Maßregel nie sehr drohend war. Nicht das Ministerium, die Finanzgeschichte verurtheilt das Projekt der Fünfer-Majorität.

Nach dem Wertheimer'schen Geschäftsbericht werden nicht nur die polnischen, sondern auch die czechischen Abgeordneten sich an der Bank debatte beitreten.

Österreichische Monarchie.

Wien, 9. April. Se. M. der Kaiser hat gestern in mehreren Etablissements die nach London bestimmten Ausstellungsgegenstände besichtigt.

Sr. Majestät der Kaiser haben heute Vormittag den Herrn Oberstammer Grafen Lanckoroński mit einem Besuch zu beglücken geruht. Die Recon-

valescent Sr. Excellenz macht bisher nur langsame Fortschritte.

Sr. Excellenz der Minister Graf Wickenburg hat heute die bereits erwähnte Reise, zunächst nach Triest, angetreten.

H. E. Graf Mensdorff-Pouilly, k. k. Stathalter in Galizien, wird am 15. d. nach Lemberg zurückreisen. Vor gestern hatte derselbe Audienz bei Sr. Maj. dem Kaiser.

Der Bischof Frhr. v. Schaguna, bekanntlich Führer der rumänischen Deputation, wird bis zur definitiven Austragung der rumänischen und serbischen Kirchengelegenheiten in Wien verweilen; in dem vor gestrigen Ministerrathe soll diese Frage zur Verhandlung gekommen sein.

H. M. Ritter v. Benedek hat sich in Graz anzugekauft und gedient heuer kurze Zeit auf dieser seiner Besitzung zuzubringen.

Der Viceadmiral Frhr. v. Dahlerupp, welcher sich bekanntlich hier befindet, um den Berathungen in Marines-Angelegenheiten beizuwollen, hat vor gestern Audienz bei Sr. Maj. dem Kaiser.

Die russischen Officiere, welche dem Leichenbegängniss des Fürsten Windischgrätz bewohnen, sind heute mittels Nordbahn wieder von hier abgereist.

Der Dr. Wilhelm Schlesinger, welcher zur ärztlichen Berathung bei dem erkrankten Fürsten Michael von Serbien nach Belgrad berufen wurde, ist vor gestern von dort zurückgekehrt. Der Zustand des Fürsten ist kein bedenklicher.

Der Generalsekretär der Nordbahn, Fr. v. Sicrowsky, ist nach Berlin abgereist, um einer Berathung zur Beschleunigung des Eisenbaherverkehrs bei zuwohnen.

Der Philipp von Württemberg, der, wie erwähnt, hier angekommen, wird, wie man erfährt, in österreichische Kriegsdienste treten.

Fr. Urmenyi ist von einer Reise in das Ausland zurückkehrend gestern nach Pest abgereist.

„Idök Lanju“ bringt an der Spize seines Blattes die nachstehende Erklärung: „In Bezug auf die in Nr. 73 unseres Blattes vom 29. März l. J. gebrachte Mitteilung — als seien „die an der Spize der gegenwärtigen Comitatéleitung stehenden Männer von der ungarischen Regierung angewiesen worden, jedem einzelnen Patrioten bei jeder Gelegenheit die Überzeugung beizubringen, daß die Thorie der Verfassungsverwaltung von Sr. Majestät nicht getheilt werde, und daß vom Reichsrath keine Rede“ u. s. w. — sind wir in die Lage versetzt, erklären zu müssen, daß wir über diese Dinge insofern nicht gut berichtet waren, als dem Vernehmen nach eine solche Instruction gar nicht existirt.“

Der verantwortliche Redakteur und Verleger der „Narodni listy“, Dr. Julius Gregor, wurde wegen der Übertreibung des §. 30 der Presordonnung — welcher die „Aufnahme von Zusätzen oder Bemerkungen zu oder über zur Veröffentlichung zugestellte behördliche Erlasse“ unterlägt — zu einer Geldstrafe von 100 fl. zu Gunsten des Prager Armeninstifts verurtheilt.

In Benedig ist die Kirche S. M. in Nazareth durch die Obsorge der k. k. Landesbaudirektion in ihrem alten Glanze mit einem Kostenaufwande von sehr als 80,000 fl. wieder hergestellt worden; durch ihre Lage am Eisenbahnhofe eröffnet sie gewissermaßen die Reihenfolge der monumentalen Meisterwerke Benedigs.

Deutschland.

Wie der K. B. von Bonn gemeldet wird, haben 44 Professoren der Universität gegen den Wahl-Erlaß des Cultusministers Verwahrung eingelegt.

Auch der Senat der Berliner Universität hat durch einstimmigen Beschluß ebenfalls Protest gegen die Ueberwendung von Wahlmanifesten durch den Cultusminister Hrn. v. Mühlner erhoben. Dieser Protest hebt namentlich hervor, daß die Professoren und Docenten nicht in ihrer Eigenschaft als Universitätslehrer, sondern als Staatsbürger das Wahlrecht zu üben haben, und daß sie besonders verpflichtet seien, nur nach eigener gewissenhaften Überzeugung zu wählen, da sie sonst jedes moralischen Einflusses auf die studirende Jugend verlustig gehen würden. Den Lehrern der Berliner Hochschule zumal würde die Verleugnung solcher Ueberzeugungstreue bei so wichtiger Gelegenheit um so weniger ansehen, als diese Hochschule unter dem Einfluß einer großen Reformbewegung in Preußen gegründet sei.

Wie die „Stern-Ztg.“ meldet, sind zu Mitgliedern der Commission, welche unter Wrangels Vorstoss über Ersparnisse im Militär-Budget brächen soll, ernannt worden: Ihre köngl. Hoheiten der Kronprinz und der Prinz Friedrich Karl von Preußen, und die Generale Fürst Wilhelm Radziwill, v. Werder, Prinz August von Württemberg, v. Schack, v. Hahn, Fürst v. Po-

henlohe, v. Schlemüller, Vogel v. Falkenstein, Moltke und v. d. Mülle.

Frankreich.

Paris, 6. April. In der gestrigen Senatsitzung beschäftigte man si mit einer Reihe von Gesetzentwürfen und Petitionen, welche nur ein lokales oder ein untergeordnetes Interesse darboten. Einzig hervorzuheben war eine lange Diskussion über das vom Admiral Romain Desfossés gestellte Verlangen, künftighin gewisse Hafen- und Wasserarbeiten an der Meeresküste nicht mehr durch Ingénieurs der Ponts et Chausées, sondern durch dem Département der Marine angehörige See-Ingenieure ausführen zu lassen. Der Senat ging über diese schon öfters angeregte und von bedeutenden Autoritäten unterstützte Angelegenheit zur Tagesordnung über.

Der „Temps“ veröffentlicht ein Schreiben des

berühmten elässer Fabrikanten, Jean Dollfus, über

die wirklichen Ursachen der von den Protektionisten so

übertriebenen und einzig dem englisch-französischen Ver-

trage zur Last gelegten Handels- und Gewerbeskrisis.

Er weist in klaren Worten nach, daß die Beschwerden

und Verdächtigungen, welche die Prohibition gegen die

Handelsfreiheit vorgebracht, unbegründet seien, und daß

namentlich das frühere System Frankreichs nie vor einer

Krisis bewahrt habe, die auf alle großen handelsreichen

Nationen sich ausdehnen müßten. — Die „Pa-

trie“ spricht sich in einem längeren Artikel gegen die

neue Salzsteuer aus. — Greg. Ganesco ward gestern

zum erstenmale vom Untersuchungsrichter verhört.

Die „Gazette de France“ ist wegen Ankündigung einer

Subscription, die zu dem Zwecke unter den Studenten

veranstaltet wurde, die Bibliothek Pelletan's zurückzu-

kaufen, zu einem Monat Gefängnis und 500 Fr. Geld-

strafe verurtheilt worden. Der kürzlich verstorbene Eis-

genthümmer des großen, weit bekannten Kleider-Magazins

„La belle Jardinière“, Herr Parrot, hat von seinem

sehr bedeutenden Vermögen 30,000 Fr. Rente, welche

in Beträgen von je 120 Fr. jährlich vertheilt werden

sollen an seine 250 ältesten Arbeiter und Arbeiterin ver-

macht. Er mit dem Absterben der einzelnen Legataten

sollen andere, durch ihre Jahre berechtigte Arbeiter der

„belle Jardinière“ nachrücken. Die Erben haben zur

Sicherung dieser Rente eine Hypothek von 600,000 Fr.

auf die sämtlichen Eigenschaften der Hinterlassenschaft

Audienz bei Sr. Maj. dem Kaiser.

Der „Verein“ bringt heute in Bezug auf die

neueren Vergütungen betragen gegen 20,580 Fr.

Die „Perseveranza“ bringt heute in Bezug auf die

Nachricht, daß man das Parlament zu vertagen

beabsichtige, folgende Bemerkung: Wir sind der Meinung

dass eine Vertagung unzeitig und der politischen

Verwaltung des Landes schädlich ist. Das Land weiß

noch nicht, ob die Handlungen des neuen Ministeriums

den Bedürfnissen der Lage entsprechen werden, so daß

die Repräsentanten des Volkes ruhig von ihren Sitzen

scheiden können. Die Kammer, in diesem Augenblick

entlassen, würde entweder blindes Vertrauen ins Mi-

nisterium oder die absolute Nutzlosigkeit des Parla-

ments in den wichtigsten Momenten bedeuten. Das

Land sieht der Lösung gewisser Fragen betreffs der

öffentlichen Administration mit Ungeduld entgegen.

Ebenso müssen die Finanzgesetze bald in ihren Modifi-

cationen sanctioned werden.

Der Exminister ohne Portefeuille Poggi hat sich

kurz vor seinem Eintritt ins Ministerium zum Vice-

präsidenten des Cassationshofs in Florenz mit dem

Gehalte eines Ministers in Disponibilität ernennen

lassen, — eine Stelle, die erst für ihn geschaffen

wurde, gleichsam um ihn im voraus dafür zu

belohnen, daß er Herrn Ratazzi aus der Verlegenheit

half.

In Parma war das dort ziemlich stark vertretene

magazzinistische Element während der Unwesenheit Garibaldi's sehr geschäftig. Man begehrte von Garibaldi

Mehnschafft über die Art und Weise, wie er den ihm

in Genua gegebenen Auftrag (die Rückeroberung Maz-

zin's zu erwirken) vollzogen habe. Der General er-

widerte, er werde sein Versprechen halten und sich beim

König und bei dem Ministerium dafür verwenden, daß

„dieser sein Freund“ zurückberufen werde; allein für

jetzt müsse man warten, bis ein legales Bedenken be-

steigt sei, über das er nicht vollkommen klar sei. Die

Ansprache, welche Garibaldi vom Präsidentenstuhle aus

an die Versammlung hielt, war hauptsächlich gegen

die Priester gerichtet. Bixio, der die Reihe der Red-

ner schloß, nannte den General Garibaldi eine „auf

Erden wandelnde Gottheit.“

Im Vicaria-Gefängnis zu Neapel ist eine Re-

Amtsblatt.

N. 5429. Concurskundmachung. (3671. 3)

Zu besegen ist:

Eine provisorische Kassiersstelle bei der Landeshauptkassa in Krakau in der IX. Diätenklasse mit jährlichen 945 fl. ö. W. eventuell eine provisorische Kassiersstelle mit jährlichen 840 fl. ö. Währ. oder eine provisorische Adjunctenstelle in der X. Diätenklasse mit jährlichen 840 fl. ö. W. oder eine provisorische Offizialstelle in der XI. Diätenklasse mit jährlichen 735 fl. 630 fl. oder 525 fl. ö. W. fämmlich mit Cautionspflicht; oder eine provisorische Assistentenstelle in der XII. Diätenklasse mit jährlichen 420 fl. 367 fl. 50 kr. oder 315 fl. ö. W.

Gesuche sind insbesondere unter Nachweisung der Prüfung aus der Staatsrechnungs-Wissenschaft und den Kassa-Vorschriften dann der Kenntnis der Landessprache in Krakau einzubringen.

Bon der k. k. Finanz-Landes-Direction.

Krakau, am 2. April 1862.

N. 18397. Kundmachung. (3674. 1-3)

Mit Erlaß des h. Staatsministeriums vom 24. September 1861 3. 8966 wurde die Errichtung eines weiblichen zweijährigen Präparandencurses an der Kloster-Mädchenhauptschule in Stanisławki bewilligt, welcher am 1. October 1861 eröffnet worden ist.

Die Unterrichtsgegenstände dieses Curses sind:

1. Die Religionslehre mit Einschlus der biblischen Geschichte,
2. Die Erziehungs- und Unterrichtslehre,
3. Die polnische Sprache,
4. Die deutsche Sprache,
5. Das Rechnen,
6. Das Schreib- und Fertigschreiben,
7. Das Zeichnen,
8. Die Geographie und Geschichte.

Zur Aufnahme in diesen pädagogischen Lehrcurs wird gefordert;

- a) eine entsprechende dem künftigen Lehrberufe zugehörige Gesundheit und körperliche Beschaffenheit,
- b) sittliche und religiöse Wohlverhaltenheit,
- c) Vollendung der 4ten Hauptschulklasse mit guten Erfolge,

Hätte eine Aufnahmewerberin keine Gelegenheit gehabt, die 4te Hauptschulklasse ordentlich zu vollenden, so kann die Aufnahme nur nach einer mit entsprechenden Erfolge bestandenen Prüfung über die in dieser Classe gehörigen Gegenstände erfolgen.

- d) Vollendung des 16. Lebensjahres.

Die Kandidatinnen müssen im Klostergebäude wohnen und für die Unterkunft und Verköstigung jährlich 84 fl. ö. W. zu handen der Klostervorsteherin entrichten.

Dies wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Bon der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 21. März 1862.

N. 18397. Obwieszczenie.

Rozporządzeniem wys. Ministerium Państwa z 24go września 1861 do 1. 8966 dozwolone zostało utworzenie dwuletniego żeńskiego kursu pedagogicznego przy głównej szkole panieńskiej w klasztorze w Stanisławkach, któryta kurs rozpoczęła się na dniu 1 października 1861.

Przedmioty naukowe tego kursu stanowią:

1. nauka religii włącznie z historią biblijną,
2. nauka wychowania i nauczania,
3. język polski,
4. język niemiecki,
5. rachunki,
6. pisanie,
7. rysunki,
8. geografia i historia.

Do przyjęcia do tego kursu pedagogicznego wymaga się:

- a) stan zdrowia i fizyczne uzdolnienie odpowiednie przeszemu zawodowi nauczycielskiemu,
- b) obyczajność i religijność,
- c) ukończenie z dobrym postępem 4tej klasy przy szkole głównej,

Jeżeliby zaś kandydatka nie miała sposobności ukończenia 4tej klasy przy jakiej szkole głównej, to przyjęcie może nastąpić tylko w skutek egzaminu odbytego z odpowiednim postępem co do przedmiotów do tej klasy należących.

- d) ukończenie 16go roku życia.

Kandydatki obowiązane są misszkać w klasztorze i za wikt i umieszczenie płacić rocznie do rąk przełożonej klasztoru 84 zł.

Co się niniejszym podaje do powszechnej wiadomości.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 21 marca 1862.

N. 208. pr. Concursausschreibung. (3651. 1-3)

Bei dem k. k. Neu-Sandec Kreisgerichte ist eine systematische Gefangenauflösungs-Stelle mit dem jährlichen Gehalten von 262 fl. 50 kr. ö. W. und Amtskleidung in Erledigung gekommen.

Bewerber um diese Stelle haben ihre ordnungsmäßig belegten Gesuche binnen vier Wochen vom Tage der 2ten Einschaltung dieser Kundmachung in das Umtsblatt der "Krakauer Zeitung", im vorgeschriebenen Wege bei dem Präsidium dieses k. k. Kreisgerichtes zu überreichen.

Insbefindliche haben disponibile landesfürstl. Dienste, welche sich um diese Stelle bewerben wollen, nachzuweisen in welcher Eigenschaft, mit welchen Bezeugen und von welchem Zeitpunkte angefangen, sie in den Stand der Verfügbarkeit versetzt wurden, endlich bei welcher Kasse sie die Disponibilitätsgenüsse beziehen.

Vom Präsidium des k. k. Kreisgerichts.

Neu-Sandez, am 7. April 1862.

In der Buchdruckerei des "CZAS".

N. 7410.

Kundmachung.

(3682. 1-3)

Vom Rzeszower k. k. städtisch-delegirten Bezirks-Gerichte wird das hiergerichtliche in den Amtsblättern der "Krakauer Zeitung" Nr. 284, 285, 286 vom Jahre 1861 und gemachte Edict vom 4. November 1861 3. 6279 dahin berichtet: daß die von der mit der ersten österreichischen Sparkasse vereinigten allgemeinen Wiener Versorgungs-Anstalt ausgestellten auf 10 fl. EM. und auf den Namen Camillo Dessaga lautenden zwei Interimscheine das Datum: Wien am 12. November 1841 und nicht die irrg angegebene Nr. 121160/1 sondern die richtige Nr. 126,160 und 126,161 tragen.

Rzeszów, am 28. Februar 1862.

N. 846.

E dy k t.

(3685. 2-3)

C. k. Sąd obowodowy Rzeszowski ogłasza, iż X. Maksymilian Stanisławski pod dniem 8 lutego 1862 do 1. 846 wniosł prośbę o amortyzację wekslu na 1500 zł. przez pp. Braci Praschill w Rzeszowie dnia 6 czerwca 1861 na imię X. Maksymiliana Stanisławskiego wystawionego, dnia 6 grudnia 1861 platnego, i wzywa się každego, coby ten weksel posiadał, aby takowy w przejaju 45 dni licząc od dnia trzeciego umieszczenia niniejszego edyktu w urzędowej części gazety Krakowskiej tutejszemu Sądowi przedłożył i prawa z posiadania tego wekslu mu urosłe wykazał, gdyż inaczej weksel na powtórne żądanie X. Maksymiliana Stanisławskiego umorzony zostanie.

Rzeszów, dnia 14 marca 1862.

N. 2711.

E dy k t.

(3663. 1-3)

C. k. Sąd krajowy w Krakowie na skutek żądania p. Kazimierza Statkiewicza poprzedniego właściciela jurydyki Groble składającej się z realności Nr. 237 G. IX. według ks. gł. G. IX. vol. nov. 4 pag. 19 n. 7 hár. Józefa i Francisza Chybickich małżonków własnej, tudzież z gruntu na którym realności Nr. 217, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 228 Gm. IX. stoją, i do pobierania indemnizacji uprawnionej, celem przyznania kapitału indemnizacyjnego, stosownie do odeszy c. k. Dyrekeyi funduszów indemnizacyjnych z dnia 12 grudnia 1860 Nr. 3195 na zniesienie czynszów ziemnych od realności Nr. 217, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 155/2 kt. B. Nr. 239, 229, 230 Gm. IX. właścicielowi jurydyki Grobla opłacanych w ilości 518 złr. 20 kr. mk. obliczonego, wzywa wszystkich wierzycieli hypotecznych wzmiarkowanej realności jurydyki Groble, aby się ze swemi pretensjami lub prawami najdalej do 25 maja 1862 do c. k. Sądu krajowego w Krakowie pismem lub ustnie zgłosiły.

Zgłoszenia te mają w sobie zawierać:

- a) dokładne oznaczenie imienia i nazwiska, miejsca pobytu (Nr. domu) zgłoszającego się i jego pełnomocnika który zaopatrzy się ma w pełnomocniectwo we wszystkie prawne wymagalności zaopatrzone i legalizowane.
- b) kwotę wniesionej pretensi hypotecznej tak względem kapitału jako i procentów o ile takie samo prawo zastawu mają co i kapitał,
- c) oznaczenie tabularne zgłoszonej pozycji,
- d) w razie gdyby zgłoszającego się miejsce pochu po za obrem tego sądu było, także i wymienienie tutaj mieszkającego pełnomocnika w celu przyjmowania rozporządzeń sądowych, gdyż w przeciwnym razie takowe z tym samym skutkiem prawnym, jak gdyby do własnych rąk doręczone zostały, zgłoszającemu się przez pocztę przesłaneby były.

Równocześnie oznajmia się, iż ten któryby w terminie wyżej oznaczonym ze swoja pretensią nie zgłosił się, będzie uważany tak jak gdyby zezwolił na przekazanie swej wierzytelności do kapitału indemnizacyjnego wyżej oznaczonego, według kolejna na niego przypadającej, i że przy przeprowadzaniu postępowania wiecej słuchanym nie będzie.

Niestawiający na terminie utracą także prawo czynienia wszelkich wniosków i użycia wszelkich środków prawnych przeciw ugodzie któryby interesanci stawający zawarli między sobą w myśl §. 5 patentu z dnia 25. Września 1850 jednakże tylko wtedy, jeżeli pretensja jego według porządku hypotecznego przekazana została do kapitału wynagrodzenia albo też stosownie do §. 27 ces. pat. z 8go Listopada 1853 zabezpieczona została na gruncie i ziemi.

Kraków, dnia 24 lutego 1862.

N. 46.civ.

E dy k t.

(3676. 1-3)

Vom k. k. Bezirksamt als Gerichte zu Leżajsk wird bekannt gemacht, daß in Gemäßheit des Antrahens des k. k. Lemberger Landesgerichtes vom 24. December 1861 3. 50325 zur Einbringung der erzielten Kapitalsbeträge pr. 287 fl. 1½ kr. 4811 fl. 15 kr. 3796 fl. 21 kr. und 2377 fl. 54 kr. zusammen 11,272 fl. 31 ½ kr. W. W. sammt der vom 27. October 1820 bis zum

Insbefindliche haben disponibile landesfürstl. Dienste, welche sich um diese Stelle bewerben wollen, nachzuweisen in welcher Eigenschaft, mit welchen Bezeugen und von welchem Zeitpunkte angefangen, sie in den Stand der Verfügbarkeit versetzt wurden, endlich bei welcher Kasse sie die Disponibilitätsgenüsse beziehen.

Vom Präsidium des k. k. Kreisgerichts.

Neu-Sandez, am 7. April 1862.

Meteorologische Beobachtungen.

Zeit	Barom.-Höhe auf in 0° Raum red.	Temperatur nach Raumur	Specifische Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Ausland der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe d. Tages von bis
9 2	330 " 36	+ 9.8	53	Ost stark	Heiter mit Wolken	+ 01 + 11.5	
10 6	30 11	+ 4.7	70	Süd schwach	" "		

Zahlungstage laufenden 4% Verzugszinsen der Urtheils-taxe pr. 6 fl. EM. der Gerichtskosten 2. Instanz per 5 fl. 15 kr. der früher zuerkannten Executionskosten pr. 6 fl. 109 fl. 47 kr. 9 fl. 33 kr. EM. 17 fl. 83 kr. 4 fl. 60 kr. und 46 kr. ö. W. so wie der jetzt zuerkannten Executionskosten im gemäßigten Betrage von 13 fl. 14 kr. ö. W., der dritte Termin zur executiven Teilbietung der für den Cautionsbetrag pr. 18,197 fl. 58 kr. W. W. als Hypothek dienenden Realitäten Nr. 279, 70 und 147 in Laska dolna und der Realitäten Nr. 77 und 78 im Markte Grodzisko zu Gunsten der k. k. Finanz-Procuratur Namens des h. Aerars, wider Maximilian Kellermann am 24. Juni 1862 um 9 Uhr Vormittags in der Kanzlei des Leżajsker k. k. Bezirksgerichtes unter folgenden Bedingungen vorgenommen werden wird:

1. Zum Ausrufpreise wird der nach den Schätzungs-acten de datto 16. October 1843 und 21. Mai 1851 erhobene Werth von 692 fl. 30 kr. EM. oder 727 fl. 12 ½ kr. ö. W. angenommen.
2. Jeder Kauflustige ist verbunden 10% des Ausrufspreises als Angeld zu Händen der Leitation-Commission im Baaren oder mittel Staatspapiere oder galiz. ständischen Pfandbriefen nach dem Tagescursswerthe oder endlich mittel Spar-kassabüchelu nach dem Nominalbetrage zu erlegen, welches Angeld für den Meistbietenden zurückzuhalten und falls es im Baaren geleistet ist, in die erste Kaufschillingshälfte eingerechnet, den übrigen aber nach der Leitation zurückgestellt werden wird.
3. Der Bestbieter ist verpflichtet, die 1. Kaufschillingshälfte, mit Einrechnung des im Baaren geleisteten Angeldes binnen 30 Tagen vom Tage des zu Gericht angemachten Teilstückes angerechnet, die 2te Kaufschillingshälfte binnen 3 Monaten nach Verlauf des ersten Zahlungstermines gerichtlich zu erlegen.

Nach Bezahlung der ersten Kaufschillingshälfte wird dem Bestbieter das nicht im Baaren geleistete Angeld zurückgestellt.

4. Der Käufer ist verbunden die auf diesen Realitäten lastenden Grundlasten vom Tage des verlangten Verkaufs ohne alle Bergütung, die intabulierten Lasten aber nur nach Maßgabe des angebotenen Kaufschillings zu übernehmen, wofern sich einer oder der andere der Hypothekar-Gläubiger weigern sollte, die Zahlung vor der gesetzlichen oder bedungenen Auflösungs-Termine anzunehmen.

Die obigen Vertragsforderungen werden dem Käufer nicht belassen.

5. Der Termin zur Feilbietung dieser Realitäten wird auf den 24. Juni 1862 mit dem Bemerkem bestimmt, daß die genannten Realitäten bei diesem Termine auch unter der Schätzung um jeden Preis feilgeboten werden.

Die Fortsetzung der übrigen unter 6, 7, 8, und 9 enthaltenen Bedingungen kann in der Leżajsker bezirklichen Registratur eingesehen werden.

Leżajsk, am 1. April 1862.

Getreide-Preise

auf dem letzten öffentlichen Wochenmarkte in Krakau, in de Gattungen classifiziert.

Aufführung der Produkte	Gattung I.		II. Gatt.		III. Gatt.	
fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	

<tbl_r cells="4" ix="1" maxcspan="2" maxrspan="2" usedcols="7